

Stenographischer Bericht

71. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

II. Periode.

31. Jänner 1927.

Inhalt:

Personalien: Mandatsrücklegung Spak (1497).

Angelobung Adele Wigan (1497).

Urlaubsbewilligung Bauer (1497).

Abwesenheitsanzeige Pongraf und Rosenwirth (1497).

Wahl je eines Mitgliedes des Finanzausschusses, des Gemeinde- und Verfassungsausschusses und des Unvereinbarkeitsausschusses, ferner je eines Ersatzmannes des Fürsorgeausschusses und des Unterrichtsausschusses an Stelle Spak (1498).

Auflage: Die Beilagen Nr. 185 bis 187 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 660, 661, 664, 665 und 669 (1497).

Zuweisungen: Die aufgelegten Beilagen Nr. 185 bis 187 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge (1497).

Berhandlungen: 1. Mündlicher Bericht des mit 30. Dezember 1926 zur Beratung der Gesetze, betreffend die Abänderung des steierm. Bezirksvertretungsgesetzes eingesetzten Sonderausschusses. — Dringliche Behandlung (1497) — Berichterstatter Zingl (1498). — Annahme des Antrages (1498).

2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 652, betreffend den Erwerb der Mehrheit der Aktien der Lokalbahnen Weiz—Birkfeld und Birkfeld—Ratten vom Feistritzthaler Industrikonzern. — Dringliche Behandlung (1497). — Berichterstatter Ferner (1498). — Annahme des Antrages (1498).

Anträge: Ferner, Gartner, Wigan, Zl. 671, betreffend den Ausbau einer kurzen Verbindungsstraße von der Gaistaler—Liebocherstraße bis zur Kainacherstraße und zwar Abzweigung von der Zettlmühle in Södingberg über das sogenannte „Pockloch“ gegen Afling (1499); Wigan, Sobel, Zl. 672, betreffend den Ausbau einer Bezirksstraße Eckwirt—Stiwoll—St. Pankrazen—Geisttal (1499);

Winkler, Singer, Zl. 673, betreffend die Regulierung des Rahmbaches (1499);

Dr. Sübler, Dr. Minarik, Zl. 674, betreffend die Aufhebung der Unterscheidung der Dienstbezüge nach Ortsklassen (1499).

Anfragen: Oberzaucher, Leichin, Nr. 112, an den Landeshauptmann, betreffend den Überfall auf die Teilnehmer einer Arbeiterversammlung in Schattendorf im Burgenland (1497). — Dringliche Behandlung. — Begründung Oberzaucher (1498).

Steiner, Hornik, Dr. Sübler und Dr. Minarik, Nr. 113, an den Landeshauptmann, betreffend die Schutzmaßnahmen für die steirische Kernölindustrie (1499).

Abg. Bauer hat für die heutige Sitzung um Urlaub angefleht, derselbe wurde bewilligt. Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf und Abg. Rosenwirth haben ihre Abwesenheit wegen Krankheit entschuldigt.

Über Beschluß der Obmännerkonferenz beantrage ich im dringlichen Wege auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen den mündlichen Bericht des mit Landtagsbeschluß vom 30. Dezember 1926 zur Beratung der Gesetze, betreffend die Änderung des steiermärkischen Bezirksvertretungsgesetzes eingesetzten Sonderausschusses.

Berichterstatter Abg. Zingl.

Desgleichen den mündlichen Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 652, betreffend den Erwerb der Mehrheit der Aktien der Lokalbahnen Weiz—Birkfeld und Birkfeld—Ratten vom Feistritzthaler Industrikonzern.

Berichterstatter Abg. Ferner.

(Die dringliche Behandlung wird beschlossen.)

Es liegt weiter vor eine dringliche Anfrage der Abg. Oberzaucher, Leichin und Genossen an den Herrn Landeshauptmann, betreffend den Überfall auf die Teilnehmer einer Arbeiterversammlung in Schattendorf im Burgenlande.

Die Anfrage entspricht den Forderungen der Geschäftsordnung, sie weist acht Unterschriften auf, ich werde sie am Schlusse der Tagesordnung — nachdem die fünfte Tagesstunde ohnehin bereits vorüber ist — zur Verhandlung bringen.

Aufgelegt wurden heute die Beilagen Nr. 185 bis 187 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge Nr. 660, 661, 664, 665 und 669.

Zugewiesen werden wie folgt (verliest auch die Überschriften der einzelnen Vorlagen):

Die Beilagen Nr. 185, 186 und 187 dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse;

ferner die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge:

E.-Zl. 660 dem Landeskulturausschusse;

E.-Zl. 661, 664, 665 und 669 dem Finanzausschusse.

(Die Zuweisungen werden beschlossen.)

Schließlich erlaube ich mir zu erwähnen, daß die dreimonatige Frist, innerhalb der der Unvereinbarkeitsausschuß über die ihm zugewiesenen Anzeigen Bericht zu erstatten gehabt hätte, bereits verstrichen ist. Der Herr Obmann des Ausschusses hat mir mitgeteilt, daß er morgen um 9 Uhr vormittags eine Sitzung des Ausschusses abhalten wird. Ich bitte dies zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident Kölbl eröffnet die Sitzung um 5 Uhr 10 Minuten nachmittags.

Präsident: Ich habe mitzuteilen, daß Abg. Spak mit Schreiben vom 5. Jänner 1927 angezeigt hat, daß er sein Mandat als Landtagsabgeordneter zurücklegt. An seine Stelle wurde Frau Abg. Adele Wigan zur heutigen Sitzung eingeladen und habe ich deren Angelobung vorzunehmen.

(Abg. Adele Wigan leistet die Angelobung.)

Schließlich sind noch Wahlen vorzunehmen, und zwar die Wahl je eines Mitgliedes an Stelle Spak in den Finanzausschuß, den Gemeinde- und Verfassungsausschuß und den Unvereinbarkeitsausschuß und die Wahl eines Ersatzmannes in den Fürsorgeausschuß und Unterrichtsausschuß.

Zur Erstattung eines Wahlvorschlages erteile ich dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Riegler das Wort.

Riegler: Ich beantrage als Mitglied des Finanzausschusses den Abg. Roth, des Gemeinde- und Verfassungsausschusses den Abg. Köck und des Unvereinbarkeitsausschusses den Abg. Möstl zu wählen und als Ersatzmitglieder für den Fürsorgeausschuß die Frau Abg. Wigan und für den Unterrichtsausschuß den Abg. Köck zu wählen.

(Der Wahlvoranschlag wird angenommen.)

Präsident: Ich schreite nunmehr zur Tagesordnung.

Punkt 1 derselben ist der

mündliche Bericht des mit Landtagsbeschluss vom 30. Dezember 1926 zur Beratung der Gesetze, betreffend die Abänderung des steiermärkischen Bezirksvertretungsgesetzes eingesetzten Sonderausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Zingl, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Zingl: Hohes Haus! Ich habe im Auftrage des eingesetzten Sonderausschusses zu berichten über die vorliegenden Anträge. Der Ausschuss hat sich mit den beiden Vorlagen beschäftigt. Bei der Beratung sind Meinungsverschiedenheiten dahin aufgetreten, ob das Gesetz verfassungsmäßig wäre oder nicht. Der Ausschuss ist nun zu folgendem Antrag gekommen (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landtag nimmt zur Kenntnis, daß der mit Landtagsbeschluss vom 30. Dezember 1926 zur Beratung der Gesetzentwürfe, betreffend die Abänderung des steiermärkischen Bezirksvertretungsgesetzes eingesetzte Sonderausschuß beschlossen hat, bei der Bundesregierung anzufragen, ob das Bezirksvertretungsgesetz als Verfassungsgesetz anzusehen ist und ferner das Bundeskanzleramt und die Präsidenten des Nationalrates um ein Gutachten zu den von der Landesregierung, von den Abg. Hartleb, Schreckenthal, Winkler und Genossen und von den Abg. Wallisch, Regner, Pfortner, Stamej, Ruschak und Genossen eingebrachten Gesetzentwürfen, betreffend die Abänderung des Bezirksvertretungsgesetzes zu ersuchen und erstreckt daher die dem Sonderausschuß zu seiner Berichterstattung gestellte Frist bis zu jenem Zeitpunkte, in dem der Sonderausschuß auf Grund der eingelangten Antworten zu den erwähnten drei Gesetzentwürfen Stellung genommen haben wird.“

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede angenommen.)

Präsident: Punkt 2 der Tagesordnung ist der **mündliche Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 652, betreffend den Erwerb**

der Mehrheit der Aktien der Lokalbahn Weiz—Birkfeld und Birkfeld—Ratten vom Feistritzaler Industriekonzern.

Berichterstatter ist Herr Abg. Ferner.

Berichterstatter Ferner: Hohes Haus! Ich stelle namens des Finanzausschusses folgenden Antrag (liest):

„Die Landesregierung wird beauftragt:

1. Zur Ermöglichung des Ankaufes der Aktienmehrheit der Lokalbahn Weiz—Birkfeld und der Industriebahn Birkfeld—Ratten samt Wagenpark und Zubehör von den Geldgebern der Dollaranleihe ehestens die Zustimmung zur Änderung des Verwendungsgesetzes zu erwirken.

2. Die Verhandlungen mit der Feistritzaler Bergbau- und Industrie-A.-G. dahin zu pflegen, daß die am 21. Jänner 1927 festgestellten Bedingungen von ihr angenommen werden.

3. Nach Erfüllung des Punktes 1 oder bei Nichterreichbarkeit der Zustimmung der amerikanischen Geldgeber sowie nach Erfüllung des Punktes 2 hat die Landesregierung unter Vorlage eines Finanzierungsplanes neuerlich dem Landtage Bericht zu erstatten.“

Ich ersuche das hohe Haus, den Antrag anzunehmen. (Der Antrag wird ohne Wechselrede angenommen.)

Präsident: Es gelangt nunmehr zur Verhandlung die

dringliche Anfrage der Abg. Oberzaucher, Leichin und Genossen an den Herrn Landeshauptmann, betreffend den Überfall auf die Teilnehmer einer Arbeiterversammlung in Schaffendorf im Burgenlande.

Zur Begründung hat Herr Landesrat Oberzaucher das Wort.

Oberzaucher: Hohes Haus! Die heutige Anfrage an den Herrn Landeshauptmann betrifft zwar nicht einen Vorfall, der sich in unserem Lande zugetragen hat, sondern er betrifft ein bedauerliches Ereignis in unserem Nachbarlande, im Burgenlande. Es ist uns ja bekannt, daß an der Grenze des Burgenlandes vor einigen Jahren Einfälle stattfanden, Kämpfe, die von ungarischen Banden inszeniert und finanziert wurden. Wir wissen, daß die Rückeroberung des Burgenlandes den Ungarn sehr am Herzen liegt und wir wissen, daß alles, was im Burgenlande vorgeht, das regste Interesse der Magyaren findet. Es kann daher der Vorfall, der sich gestern im Burgenlande ereignet hat und der mehrere Tote im Gefolge hatte (Rufe: „Hört!“), der Anlaß war zu einem blutigen Ereignis, hier in Steiermark nicht ruhig hingenommen werden, ohne daß darüber gesprochen wird, ohne daß wir dazu Stellung nehmen. Wir kennen ja die Restaurierungsbestrebungen der Habsburger in Ungarn und haben begründetes Mißtrauen, daß diese Gewalttaten, die im Burgenlande an der Grenze stattfanden, in irgend einem Zusammenhange mit diesen Restaurierungsbestrebungen der Habsburger in Ungarn stehen. Von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich die blutigen Vorfälle, die sich gestern in Schaffendorf im Burgenlande zugetragen haben, beurteilen zu wollen. Wir haben in

Österreich scharfe politische Kämpfe geführt, aber im allgemeinen haben wir diese Kämpfe ausgetragen mit den Waffen des Geistes, auf politischem Wege, ohne Waffen und Blutvergießen; nun soll diese ungarische Methode des Blutvergießens, des blutigen Terrors auch in unser Land getragen werden.

In Schattendorf im Burgenlande haben sich gestern anlässlich einer Arbeiterversammlung Vorfälle zugefragt, die zu den schwersten Befürchtungen auch in unserem Lande Anlaß geben, Befürchtungen, daß diese Methoden auch bei uns Eingang finden. Es war eine sozialdemokratische Arbeiterversammlung, zu der auch sogenannte Frontkämpfer aus Ungarn und Wien gekommen waren, um sie zu stören. (Rufe: „Hört!“) Deshalb haben sich einige Plänkeleien am Bahnhof ereignet; aber es war kein Anlaß zum Waffengebrauch. Als diese Plänkeleien bereits durch die Gendarmerie geschlichtet, ausgefragt waren, fielen ganz unvermutet aus dem Hinterhalte Schüsse auf friedliche Teilnehmer an der Versammlung. Die Anzahl der Schüsse ist zwar nicht bekannt, die Zeitungen sprechen von 30 und 7. Das ist also ungeklärt, aber sicher ist, daß ein unbeteiligter alter Mann und ein Kind tot sind und daß zirka 10 bis 14 Personen mehr oder minder schwer verletzt sind. Die Täter sind, und das ist bezeichnend, nach diesem Verbrechen über die ungarische Grenze geflohen, sie haben sich nicht den Behörden gestellt, sondern sind geflohen. Es hat dieser blutige, bedauernswerte Vorfall, dieser brutale Überfall auf friedliche Versammlungsteilnehmer in den Nachbarländern ungeheure Erregung ausgelöst. In Wien, Niederösterreich und im Burgenland stehen große Betriebe still. Die Arbeiter haben die Arbeit eingestellt, sind in den Streik getreten als Zeichen des Protestes gegen diesen ungeheuren Terror, gegen diese blutigen Gewalttaten. Auch im niederösterreichischen Landtage wurde eine dringliche Anfrage eingebracht, welche sich mit diesen blutigen Vorfällen beschäftigt hat, hauptsächlich, weil man mit Recht vermutet, daß

hinter den Tätern ungarische Zutreiber stehen, daß der Aufmarsch der Frontkämpfer von Magnaren veranlaßt wurde, von Menschen, die ganz bestimmt auf die Wiederherstellung des ungarischen Reiches abzielende Interessen haben. Der niederösterreichische Landtag hat sich mit diesen Gewalttaten beschäftigt, wobei auch die bürgerlichen Vertreter, auch der Landeshauptmann von Niederösterreich, dem gestellten Antrag zustimmten, daß dieser blutige Terrorakt nicht ohne weiteres begraben sein könne, daß sich die breiteste Öffentlichkeit damit beschäftigen müsse, daß der Bund dagegen Stellung nehmen müsse. Auch die bürgerlichen Vertreter in Niederösterreich haben die Wichtigkeit dieser Stellungnahme anerkannt und haben dazu ihre Erklärungen abgegeben. Ich erlaube mir daher, an den Herrn Landeshauptmann die dringliche Anfrage zu stellen:

„Ist der Herr Landeshauptmann bereit, bei der Bundesregierung Schritte zu unternehmen, daß dem verbrecherischen Treiben der Banden, die die friedliche Bevölkerung des Burgenlandes gefährden, Einhalt geboten werde?“ (Beifall.)

Präsident: Da der Herr Landeshauptmann bisher nicht anwesend ist, die Anfrage aber an ihn gerichtet ist, werde ich diese Anfrage unverzüglich an ihn zu stellen lassen, und er wird, sobald er im hohen Hause erscheint, in der Lage sein, eine Antwort auf die Anfrage geben zu können. Hiemit ist diese Angelegenheit erledigt.

Präsident verkündet die eingelaufenen Anträge und Anfragen (siehe Inhaltsverzeichnis).

Schriftlich beantwortet wurde die Anfrage der Abg. Köstler und Genossen, betreffend die Bundeslehranstalt für gewerbliche Frauenberufe in Graz.

Die nächste Sitzung des hohen Hauses wird auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

(**Präsident** verkündet die Ausschusssitzungen.)

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 30 Minuten abends.)